

A k t e n n o t i z

Krl/Du. Jap. 804
 745 11

Besuch einer 11-köpfigen japanischen Delegation (gemäss beiliegendem Verzeichnis) unter Leitung von Botschafter Ushiba, Berater des japanischen Aussenministers.

Am 26. April 1974, 17.00 Uhr, hat unter dem Vorsitz von Direktor Jolles im Sitzungszimmer der Handelsabteilung eine 2-stündige informelle Aussprache mit der japanischen Delegation stattgefunden. Auf schweizerischer Seite waren anwesend:

Handelsabteilung:

HH. Direktor Botschafter P. Jolles
 Botschafter Languetin
 Ph. Lévy
 M. Krell

Schweizerische Nationalbank

Generaldirektor A. Hay

Finanzverwaltung

Dr. A. Peter

Politisches Departement, Finanz- und Wirtschaftsdienst

J. Zwahlen
 Kündig

Nach freundschaftlicher Begrüssung diente der beiliegende Fragebogen der japanischen Delegation als Leitfaden für die gegenseitige Meinungsäusserung.

1. Thema: Die durch die Oelkrise ausgelösten wirtschaftlichen Verwirrungen und die zu befolgende generelle Richtung der Wirtschaftspolitik

Botschafter Ushiba erkundigte sich nach den Problemen, die für die Schweiz entstanden sind.



Einleitend vermittelte Direktor Jolles ein Bild über die schweizerische Energie-Situation (Oelversorgung ist im Moment kein Mengen-, sondern ein ernsthaftes Preisproblem; 80% unseres Energiebedarfs basieren auf Petroleum; Umweltschwierigkeiten mit hydro-elektrischer und nuklearer Energieproduktion). Unsere Hauptsorge betrifft die Auswirkungen auf die schon vorhandene Inflation. Energie brauchen wir vor allem für Transport und Heizung. Beide stellen wichtige Faktoren des Lebenskostenindex dar, sodass ein direkter Einfluss der Preiserhöhungen auf das allgemeine Preisniveau erfolgt. Sodann haben wir als Folge der erhöhten Zahlungen an die Oel-Lieferländer ein Zahlungsbilanzdefizit (current balance) zu gewärtigen, das auf dem Importvolumen 1973 berechnet ca. 2,5 Milliarden Franken betragen könnte, anstelle des bisher üblichen kleinen Aktivums, das dieser Bilanz eigen war. Mit dieser Verschlechterung wird der Ueberschuss unserer Touristeneinnahmen in der vergleichbaren Höhe von ebenfalls 2,5 Milliarden Franken zunichte gemacht.

Was können wir dagegen tun? Wir mahnen die Verbraucher dringend zur Wirtschaftlichkeit. Es fehlen aber den Behörden die gesetzlichen Vollmachten, wirtschaftliche Zwangsmassnahmen zu erlassen. Nur bei akuten Versorgungsschwierigkeiten hat die Regierung die Möglichkeit zu einem solchen Vorgehen. Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen und Kontingentierung von Benzin und Heizöl waren vorübergehende Massnahmen. Wir fördern den Bau neuer Atomkraftwerke, doch ist dies ein langfristiger Prozess.

Botschafter Languetin stellte zu Punkt 1 (iii) die Frage, ob japanischerseits an eine einmalige Anpassung des Unterschiedes des relativen Preisniveaus der Oelprodukte an dasjenige der Nicht-Oel-Produkte gedacht werde oder ob eine solche Ausglei chung als ein andauerndes Phänomen anvisiert werde. Seines Erachtens müsste man vorerst sicher sein, dass a) ein solcher Ausgleich die Inflation zu stoppen vermag und b) die ölproduzierenden Länder ihre Preise nicht weiter erhöhen. Falls die japanischen Fragen den weltweiten Aspekt (nicht den nationalen) betreffen, verwies Botschafter Languetin auf die in der OECD zum Ausdruck gekommene Meinung, dass das globale Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden könne durch Verlagerung der Bilanzdefizite von einem Konsumentenland zum andern. Dies würde im Gegenteil den Anpassungsprozess erschweren. Es gilt also, die Defizite zu finanzieren. In Zukunft kann mit wachsenden Importbedürfnissen der Erdölproduzenten gerechnet werden.

Generaldirektor Hay setzte den Schwerpunkt ebenfalls auf die Inflation auswirkungen. Zahlungsbilanzmässig stellen sich in allernächster Zukunft der Schweiz keine allzugrossen Probleme, jedoch in einigen Monaten oder in einem Jahr, wenn die Zahlungen an die Oellieferanten erfolgt sind. Alle Fragen sind offen, was gegenüber den arabischen Ländern unternommen werden soll. Die Defizite werden auf

dem internationalen Markt absorbiert werden müssen. Die Schweiz ist glücklicherweise nicht exponiert. Wir werden bei Lösungen mithelfen versuchen, wo wir können. Für das "floating" der Währungen werden Grenzen festzulegen sein, damit der Handelsverkehr nicht übermässig tangiert wird. Da die Schweiz nicht Mitglied der Zwanzigergruppe ist, hofft sie über die fortlaufenden Beratungen informiert zu werden.

Direktor Jolles erkundigte sich nach den von der japanischen Regierung mit ölproduzierenden Ländern abgeschlossenen bilateralen Verträge.

Botschafter Ushiba antwortete, dass zwar eine Art Panik in der japanischen Industrie ausgebrochen war, worauf auf die Regierung Druck ausgeübt wurde, durch Verträge die benötigten Oelmengen sicherzustellen. Die Preise hätten dabei keine grosse Rolle gespielt. Im Vertrag mit Irak seien keine Zugeständnisse für Preisvergünstigungen enthalten. Das "Assistance Agreement" mit Irak enthalte nicht einmal eine Belieferungsgarantie. (Das Land besitze keine adäquaten Hafeneinrichtungen.) Japan befürworte nicht die Idee bilateraler Sondervereinbarungen. Im Gegenteil sei es das erste Land gewesen, das dem Washingtoner Appell Folge geleistet habe. Es befürworte die Zusammenarbeit mit den ölproduzierenden Regierungen, um einen gerechten Preis auszuhandeln.

Professor Kojima führte aus, Japan werde die bisherige Oelpreiserhöhung verkraften können, doch sei man sehr besorgt über mögliche weitere Preisanstiege in der Zukunft. Die von Botschafter Languetin erwähnten weltweiten Auswirkungen werden beeinflusst davon, wieviel jedes Land an Gelder zu borgen in der Lage sein wird. (Er zitiert das 10-Milliarden-Darlehen an Italien, das dieses Jahr um 6 Milliarden erweitert werden muss.)

Botschafter Languetin präziserte, dass er das Problem nicht als ein nationales sondern als ein weltweites sehe, und dass dieses nur durch eine enge Zusammenarbeit der Konsumländer mit den Produzenten wirksam gelöst werden könne. Selbstinteressen hätten in den Hintergrund zu treten, weil sie sich nachteilig auf eine Globallösung auswirken müssten.

Generaldirektor Hay, der soeben aus Tokio zurückgekehrt war (Arbeitsgruppe 3. des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der OECD) äusserte sich überrascht über die dort allgemein zum Ausdruck gebrachte nicht sehr pessimistische Meinung, trotzdem heute niemand sagen kann, was 1975 bringen wird. Die Diskussion über den Goldpreis ist wieder aufgenommen worden. Sehr viel hängt davon ab, was die arabischen Staaten mit ihren Einkommen unternehmen. Die Antworten auf alle diese Fragen kennen wir nicht.

Ein japanisches Delegationsmitglied berichtete über seinen Gesprächseindruck in Beirut. Die arabischen Staaten werden zu viel Zeit benötigen, um konkrete Industrialisierungsprojekte in ihren Ländern

- 4 -

aufzustellen. In der Zwischenzeit werden ihre Geldreserven aus den Oeleinnahmen stark anwachsen, was das Finden einer Global-lösung immer dringender notwendig machen dürfte.

Direktor Jolles erkundigte sich, welche Auffassung die japanischen Behörden von der Tätigkeit der multinationalen Oelgesellschaften hätten. Auf Grund der hiesigen öffentlichen Meinung werde darüber diskutiert, ob die Oelpreiserhöhungen nicht allein auf die Forderungen der Produzentenländer, sondern auch auf die Gewinne der Gesellschaften zurückzuführen seien.

Botschafter Ushiba bemerkte dazu lediglich, dass die grossen amerikanischen Gesellschaften ohne Ausnahme Gewinne ausweisen, die sie nicht auf dem amerikanischen Markt, sondern im Nahen Osten erzielt haben. In Japan habe die Regierung im Januar 1974 die Kontrolle der Preise der Oelprodukte (nicht des Rohöls) verfügt.

Die Japaner erkundigten sich nach den schweizerischen Massnahmen zur Bekämpfung der Inflation, worüber Generaldirektor Hay orientierte.

2. Thema: Künftige internationale Kooperation

Direktor Jolles bemerkte einleitend, dass die internationale Zusammenarbeit durch die gegenwärtige Situation an Bedeutung gewonnen habe. Die Notwendigkeit, sie zu verstärken, sei erkannt worden. Es wäre Selbsttäuschung, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten an das Ausland weiterzugeben. Am Ende wären Alle Verlierer. Die Verständigung ist auf einer breiten Basis zu suchen, die über die Zwanzigergruppe hinausgeht.

Er wies auf die OECD-Gespräche über einen "standstill" für die Dauer eines Jahres hin, an denen Japan durch Vizeminister Tsurumi und seine Delegation vertreten war.

Es wird zu prüfen sein, welche "coverage" eine solche Verpflichtung umfassen könnte. Wichtig erscheint die Idee, dass Handelsmassnahmen aus Zahlungsbilanzgründen wie aus sektoriellen Gründen und dass sowohl Einfuhr- wie Ausfuhrrestriktionen darunter fallen sollten. Die Schweiz vertritt die Auffassung, dass beide einzubeziehen wären, inbegriffen die Exportförderung. Sodann stellt sich das Problem der Versorgung mit andern Rohmaterialien, was weitgehend eine Frage der Voraussicht ist, um rechtzeitig zu erkennen, wo Schwierigkeiten auftauchen könnten.

Punkt 2 (a) (iii) im japanischen Fragebogen steht im direkten Zusammenhang mit der sog. Tokio-Runde des GATT und den Arbeiten des amerikanischen Kongresses betreffend die "Trade Reform Bill".

- 5 -

Die Prognosen lauten zurzeit weniger günstig, da die Vorlage im Senat nicht leicht durchzubringen ist. Für die Ueberprüfung der GATT-Regeln wird die "Exportzurückhaltung" ein Hauptthema darstellen. Sodann wird ein Konzept für den Belieferungsanspruch (access to supply) ausgearbeitet werden müssen.

Generaldirektor Hay ist skeptisch in bezug auf neue Lösungen. Die Welt-situation ist so schwierig geworden, dass es besser sei, darauf gefasst zu sein, dass wir mit der Unsicherheit auf längere Zeit werden leben müssen.

Aus dem Kopfnicken der japanischen Besucher war zu schliessen, dass sie mit den geäusserten Ueberlegungen und Bedenken einig gingen.

Ein japanisches Delegationsmitglied erwähnte die Aufnahme der Diskussion um die Goldfrage durch die 9 EWG-Staaten. Er interessierte sich für die Reaktion der Amerikaner.

Generaldirektor Hay kannte die Haltung des Treasury Department in Washington noch nicht, wies aber auf den bevorstehenden Besuch von Mr. Burns in Europa hin.

Japanischerseits wurde zu Punkt 2 (c) des Fragebogens bemerkt, dass die ölproduzierenden Staaten zu wenig in den Entwicklungsländern investieren. Es bestünde der Eindruck, dass die arabischen Länder der Weltbank zu wenig Vertrauen entgegenbrächten. Der grösste Teil ihrer Oeleinkünfte werde nach Europa fliessen. Es stelle sich deshalb die Frage, ob der Euromarkt diese riesigen Summen (genannt wurden 50 Milliarden \$ pro Jahr) zu absorbieren in der Lage sei.

Generaldirektor Hay konnte lediglich antworten, dass wir uns vor die gleiche Frage gestellt sehen. Sodann komme dazu, dass für diese Geldanlagen Zins bezahlt werden müsse, der sich ebenfalls in den europäischen Ländern aufstocke. Man erwarte dringend die Kooperation der arabischen Staaten.

Ein japanischer Sprecher erklärte, dass er das Gold als das geeignete Zahlungsmittel ansehe, weil dafür keine Zinsen auflaufen. Auch fügte er die Möglichkeit bei, den arabischen Staaten "national bonds" zu verkaufen, um damit das Oeldefizit zu begleichen.

Generaldirektor Hay antwortete, dass von französischer Seite ähnliche Gedanken geäussert worden seien. Für die Schweiz stehe dieser Weg nicht zur Diskussion, denn es wäre politisch undenkbar, dass wir gegenüber Schweizerbürgern weniger günstige Konditionen anwenden als gegenüber arabischen Ländern.

Direktor Jolles stellte abschliessend die Frage, ob beidseitig Einigkeit in der Auffassung bestehe, dass der "standstill" vereinbart werden muss, was von Botschafter Ushiba bejaht wurde. Es entspreche dem japanischen Wunsch, dass der Welthandel mit keinen neuen Restriktionen belastet werde.

2 Beilagen

Kopie geht an: - die schweiz. Sitzungsteilnehmer
- Herrn Botschafter Probst

Kroll

MEMBERS OF THE SURVEY MISSION ON ECONOMIC POLICIES

Nobuhiko USHIBA

Adviser to the Minister for Foreign Affairs (former Ambassador to the United States, and former Vice-Minister for Foreign Affairs)

Takashi HOSOMI

Adviser, Industrial Bank of Japan (former Vice-Minister of Finance for International Monetary Affairs)

Kiyoshi KOJIMA

Professor of Economics, Hitotsubashi University

Wataru ASO

International Trade Administration Bureau, Ministry of International Trade and Industry

Yoshihiro BABA

Research Division, Industrial Bank of Japan

Takatoshi KATO

Customs and Tariff Bureau, Ministry of Finance

Sinjiro KOJIMA

Research Division, Bank of Tokyo

Nobuyuki MITA

Research Bureau, Bank of Japan

Kunitake NOMURA

International Division, Fuji Bank

Yukio OKAMOTO

Economic Affairs Bureau, Ministry of Foreign Affairs

Masao YOKOMIZO

Ministers Secretariat, Economic Planning Agency

Q U E S T I O N N A I R E

1. The economic implication of the oil crisis and the general line of economic policies to be followed.

The central issue of the oil crisis now seems to lie in the increased oil price, which in itself incurs (a) a drastic change in the relative price level of oil and non-oil products, (b) expected deficits in trade balance, and inflow of capital with a certain degree of instability, (c) a change in domestic liquidity level and subsequent movement of commodity prices. Automatic policy adjustments to cope with this situation may cause adverse effects on full employment and or price stabilization. For example, if the deflationary impact of the increased oil price is to be avoided, a change in the relative price level has to be corrected through the upward price adjustment of non-oil products, but this adjustment may very likely result in general price rise.

What is your view on the following points?

(i) Can the repercussions of the increased oil price be absorbed by short-term adjustments, or long-term and structural adjustments are inevitable?

(ii) Can it be dealt by general demand management policies, or individual policies must be applied to specific commodities?

(iii) How should we deal with the inflationary bias of general price adjustment of oil and non-oil commodities?

(iv) What are the best measures to minimize the deficits and instability in the balance of payments?

(v) Will the economy need to be more centrally controlled?

2. Direction of future international coordination.

A larger role should be given to the international cooperation. What is your view on the following points?

(a) Trade policies

(i) Possibility of the proliferation of trade restrictions;

(ii) Supply of other primary products;

(iii) Future world trade system.

(b) International monetary situation

(i) Effects of the increasing oil-dollars on the international monetary situation;

(ii) Danger of competitive devaluation.

(c) Development assistance problem

(i) Impact of the oil crisis on the ldc's and necessary measures to be taken.

(ii) Various proposals of channelling the oil-dollars to the ldc's.